



Politischer Bericht No. 1.

Berlin, den 4. Oktober 1919.

Herr Bundesrat,

Da ich die Leitung der Gesandtschaft erst vor wenigen Tagen übernommen habe und während dieser Zeit noch keine Gelegenheit hatte, mit politischen Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen, muß sich dieser erste Bericht in der Hauptsache auf Erhebungen stützen, welche meine Mitarbeiter gemacht haben.

Eine der ersten Personen, denen ich wenige Stunden nach meiner Ankunft zufällig begegnete, war Fürst Bülow, der am gleichen Tage vom Lande nach der Stadt gekommen war, um hier den Winter zu verbringen. Die Tatsache, daß der Fürst die Uebersiedelung nach der Hauptstadt vollzogen hat, war mir schon ein Beweis dafür, daß er die allgemeine innere Lage für consolidiert hält und jedenfalls keine gefährlichen Ausschreitungen mehr befürchtet. In der Tat sprach Bülow in unserer Unterredung die Ueberzeugung aus, daß sich die Unruhen des letzten Jahres nicht wiederholen werden und daß die gegenwärtige Regierung genügend stark sei, erneuten Versuchen der Spartakisten mit Erfolg zu begegnen.

In ganz gleichem Sinne äusserte sich der Reichsminister des Aeussern Hermann Müller, den ich am Tage meines Amtsantrittes besuchen konnte und der mir einen sehr herzlichen Empfang bereitete.

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundesrat C a l o n d e r ,

B E R N .

BAR

279



Der Minister bat mich wiederholt, ihn häufig zu besuchen und alle Wünsche der Schweizer Regierung, die sich auf politische Verhältnisse beziehen, direkt mit ihm zu besprechen; er versicherte, daß er alles tun werde, was in seiner Macht liege, um diesen Wünschen entgegenzukommen, da er seit langem die größten Sympathien für unser Land habe und da ihm und der ganzen Regierung sehr viel an einem guten Verhältnis mit der Schweiz gelegen sei. Auf meine Anfrage über die innere Lage sprach er sich ungefähr so aus, wie Fürst Bülow. Müller hält die Gefahr der Streiks keineswegs für überwunden und sieht auch noch häufige Putschversuche der Spartakisten voraus, aber er glaubt nicht, daß es diesen Elementen gelingen werde, das Heft auch nur vorübergehend in die Hand zu bekommen.

Die größte Gefahr für die Erhaltung der Ordnung in Deutschland liege zur Zeit in der Haltung der Ententestaaten zur Frage der Ratifikation des Friedens. Wenn sich die Ratifikation weiterhin verzögern und dadurch der Kriegszustand effektiv verlängert werden sollte, könnte eine Stimmung der Erbitterung und Verzweiflung in weiten Kreisen der Bevölkerung Platz greifen, welche ernste Gefahren für die innere Ruhe und Sicherheit schaffen müßte. Inzwischen hat nun die Französische Kammer den Frieden ratifiziert und das wird zweifellos zur Beruhigung beitragen.

Minister Müller nannte mir als interessante Erscheinung, daß zur Zeit die Streiks der A n g e s t e l l t e n die allergefährlichsten seien, weil diese Leute am wenigsten mit sich reden lassen. Das führt der Minister darauf zurück, daß die Angestellten zu der Klasse gehören, die unter dem alten Regime am unfreiesten gewesen sei. Er nannte im besonderen die Post- und Eisenbahnbeamten, die früher an nichts anderes gedacht hätten, als an den Gehorsam

nach oben und die jetzt, da die Fesseln der "Sklaverei" gesprengt seien, keine Grenzen kennen.

- - - - -

V ö l k e r b u n d. Ich habe es mir angelegen sein lassen, durch meine Mitarbeiter Erkundigungen einzuziehen über die Stimmung, welche zur Zeit in Deutschland herrscht bezüglich der Frage des Beitrittes zum Völkerbund. Herr Legationssekretär Zetter hat darüber folgende Auskunft vom Stellvertreter des Chefs der Presseabteilung auf dem Ministerium des Auswärtigen erhalten:

Zur Zeit sind alle Parteien der Mehrheit mit Einschluß der Demokraten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und zwar auch in den Völkerbund wie er durch den Pakt von Versailles gestaltet ist: Dabei lassen sich die Anhänger des Beitrittes von der Hoffnung leiten, daß, wenn einmal der Eintritt der Zentralstaaten erfolgt sei, diese Staaten mit Hülfe der neutralen Stimmen eine Revision des Völkerbundstatutes im Sinne der Gleichberechtigung herbeiführen könnten.

Der Ihnen bekannte Professor Stein spricht sich zur selben Frage dahin aus, daß alle Parteien, also auch die ganz linksstehenden, mit Ausnahme der Konservativen, unbedingt für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund seien, weil sie einzig und allein im Völkerbund eine Möglichkeit erblickten, um den Versailler Vertrag zu lockern und zu einer Revision desselben zu gelangen.

Diese Ueberlegung ist meines Erachtens von besonderem Interesse, weil sie beweist, daß man vorläufig auch in den Kreisen der Sozialisten und Unabhängigen die Hoffnung aufgegeben hat, eine Revision des Friedensvertrages durch das Machtgebot der Internationale herbeizuführen.

- - - - -

U m b i l d u n g d e r R e g i e r u n g . Der Eintritt der Demokraten in die Regierung war gestern bereits beschlossene Sache, als plötzlich Dernburg dazwischen trat, in der Absicht, den Eintritt zu verhindern, wohl deshalb, weil er selbst nicht als Kandidat auf die Liste genommen wurde. Durch diesen Widerstand Dernburgs hat die Lösung wohl nur eine Verzögerung erfahren. Es soll beabsichtigt sein, den früheren Finanzminister und Vorgänger Erzbergers Schiffer zum Vice-Kanzler und Justizminister zu machen. Der frühere Oberbürgermeister von Cassel Koch soll als Minister des Innern in Aussicht genommen sein. Als "Aufbauminister" (Ministerium für Kriegsschäden und den Wiederaufbau) sollen die Demokraten den derzeitigen Generaldirektor von Krupp namens Wiedemann in Vorschlag gebracht haben. Gegen diesen Kandidaten erheben jedoch die Sozialdemokraten und die Unabhängigen Einsprache, angeblich, weil der Name Krupp in Frankreich unangenehm berühren würde!

Andere Schwierigkeiten bereitet das Zentrum, indem es seine drei Sitze unbedingt behalten möchte und nicht zugeben will, daß einer seiner Vertreter austreten oder in die preußische Verwaltung abgeschoben werde.

David, bisher Minister des Innern, soll Minister ohne Portefeuille werden. Als Charakteristicum für die augenblickliche Lage teile ich noch die unkontrollierbare Nachricht mit, daß Reichsfinanzminister Erzberger in der gestrigen Sitzung vorgeschlagen haben soll, den Unterstaatssekretär Möslers zum sog. "Berufsfinanzminister" mit dem Charakter eines Staatssekretärs zu machen. Ebenso wurde ein Antrag auf Ernennung eines Berufsstaatssekretärs für das Auswärtige Amt gestellt.

Wenn erstere Meldung sich bestätigen sollte, läge

wohl darin die Anerkennung Erzbergers, daß er seiner Aufgabe als Finanzminister nicht gewachsen sei und daß diejenigen Recht haben, die ihn einen Dilletanten nennen. Gerade deshalb scheint mir die Meldung nicht glaubhaft.

Ich lege noch einen Ausschnitt aus der heutigen "Vossischen" bei, der das Obige in Hauptsache bestätigt.

Soeben melden die Morgenblätter die definitive Ernennung von Schiffer und Koch. Ich lege einen Ausschnitt aus der No. 472 des Lokalanzeigers bei, der die Richtigkeit vorstehender Ausführungen bestätigt.

- - - - -

Die i n n e r p o l i t i s c h e n V e r h ä l t -
n i s s e Deutschlands scheinen sich, wie schon eingangs gesagt, allmählich etwas zu consolidieren. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, den unvermeidlichen Kampf mit den Arbeiterräten energisch durchzuführen. Für diesen Regierungswillen sprechen die sehr energischen Maßnahmen, welche das Ministerium ergriffen hat, um den derzeitigen Metallarbeiterstreik zu unterdrücken, der einen ausgesprochen politischen Charakter angenommen hat. Die Regierung hat nicht nur die auf gestern angesagten Metallarbeiterversammlungen schlechthin verboten, sondern sie hat auch die Versammlungen, welche trotz des Verbots allenthalben stattfanden, mit Polizei- und Militärgewalt aufgehoben. Dabei trat zum ersten Male seit der Revolution die Tatsache in Erscheinung, daß die streikenden Versammlungsteilnehmer dem Auflösungsbefehl keinen Widerstand leisteten. Mit Ausnahme eines Zwischenfalles in der Müllerstraße, wo von der Waffe Gebrauch gemacht werden mußte, verlief der gestrige Tag ohne ernstliche Unruhen und Verkehrsstörungen.

- - - - -

Charakteristisch für die Stimmung unter den Arbeitern scheint mir die Tatsache, daß bei den Unruheversuchen der letzten Tage zum ersten Male seit Ausbruch der Revolution die Arbeitgeber sich zu einer Gegenaktion aufzuraffen vermochten, indem sie den streiklustigen Arbeitern und Angestellten die sofortige Entlassung androhten. Diese Drohung hat denn auch bei den großen Verkehrsanstalten gewirkt, und darin liegt das Bedeutungsvolle des Vorganges, der deutlich zeigt, daß die Kampf Stimmung im Abflauen ist und daß im allgemeinen große Streikmüdigkeit Platz gegriffen hat. Damit möchte ich selbstverständlich nicht der Meinung Ausdruck verleihen, daß man in Deutschland über den Berg der inneren Schwierigkeiten gelangt sei, aber es ist doch interessant festzustellen, daß auf der einen Seite das Bewußtsein der Stärke wieder in die Erscheinung tritt und daß andererseits die Lust zur Auflehnung abgenommen hat.

Ein Symptom, das nach der gleichen Richtung der Entspannung der Gegensätze weist, liegt in der Tatsache, daß die Unabhängigen sich neuestens bereit erklärt haben sollen, an der sog. Mittwochsgesellschaft teilzunehmen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, bezweckt diese Gesellschaft eine regelmäßige Zusammenkunft und Aussprache unter den verschiedenen Partei- und Interessengruppen. Der nunmehrige Zutritt der Unabhängigen würde doch beweisen, daß man sich auf gemeinsame Arbeit einrichtet und vielleicht sogar den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung vorbereitet.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Dr. Merz